

SCHWEDEN

Gewerkschaftsmonitor

März 2020

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Das äußerst knappe Wahlergebnis am 9. September 2018 und die im Wahlkampf verhärteten Fronten zwischen den politischen Blöcken hat die Regierungsbildung sehr schwierig gemacht. Nach vier Monaten ausgiebiger und komplizierter Regierungsverhandlungen ist am 18. Januar 2019 erneut der Sozialdemokrat Stefan Löfven zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Die Sozialdemokraten und die Grünen haben eine Minderheitsregierung gebildet und mit Unterstützung der Zentrumsparterie und der Liberalen die Ministerpräsidentenwahl gesichert. Die Linkspartei hatte sich enthalten und damit die Wiederwahl Löfvens ermöglicht.

Vor allem das Erstarken der rechtspopulistischen Schwedendemokraten hatte die Regierungsbildung verkompliziert. Um den Einfluss der Rechtspopulisten zu minimieren, wurden auf allen Seiten Zugeständnisse gemacht. Die Parteien der Minderheitsregierung, Sozialdemokraten und die Grünen, haben sich die Duldung durch die Liberalen und die Zentrumsparterie mit dem 16-seitigen Regierungsprogramm (Januar-Abkommen) gesichert. Damit konnten die Sozialdemokraten den bürgerlichen Block liberaler, konservativer und rechter Parteien, die traditionell nicht mit den Parteien des linken Lagers zusammenarbeiten, aufbrechen. Allerdings geschah dies zu einem hohen Preis. Denn im Gegensatz zum Wahlprogramm der Sozialdemokraten, das den Ausbau des Wohlfahrtsstaats und die Stärkung der Arbeitnehmerrechte forderte, enthält das Abkommen einige Vorhaben, die zentrale Forderungen der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf waren.

- Eine Steuersenkung für hohe Einkommensgruppen
- Privatisierung der staatlichen Arbeitsvermittlung
- Absenkung der Arbeitgeberbeiträge u. a. für die Renten-, Kranken- und Arbeitsunfallversicherungen
- Lockerung des Arbeits- und Kündigungsschutzes
- Einschränkung des Streikrechts

Erste Berechnungen haben gezeigt, dass vor allem höhere Einkommensgruppen vom ersten Haushalt der Regierung profitieren werden. Deutlich ist aber bereits jetzt, dass einige der beschlossenen liberalen Reformen sehr wenig Platz für progressive Politik bieten. Kritiker, allen voran die Gewerkschaften, fürchten daher, eine Zunahme der sozialen Ungleichheit mit langfristigen Folgen für das schwedische Wohlfahrtsmodell. Entsprechend stehen die Sozialdemokraten und der größte Gewerkschaftsdachverband LO, die das Januar-Abkommen unterstützt haben, unter Druck.

Dieser hat in den letzten Wochen weiter zugenommen. Jüngst haben LO-Gewerkschaften dem Dachverband ihre Vollmacht bei den Verhandlungen über eine Lockerung des Kündigungsschutzes entzogen. Ein schwieriger Start der Regierungskoalition und die nicht endende Gewalt zwischen kriminellen Banden in den Vororten schwedischer Großstädte haben die Unzufriedenheit mit der Regierung ansteigen lassen. Profitiert haben die rechtspopulistischen Schwedendemokraten. Deren Umfragewerte sind stark gestiegen. Sie stehen inzwischen gleichauf mit den Sozialdemokraten in der Wählergunst.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Wachstumspfad der schwedischen Wirtschaft schwächt sich weiter ab. Zwischen 2013 und 2018 wurden die Löhne nominal erhöht um durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr. Unter Berücksichtigung der niedrigen Inflation in diesem Zeitraum betrug die reale Lohnerhöhung damit 1,2 Prozent im Durchschnitt pro Jahr. Allerdings geht diese starke Phase starken Wachstums zu Ende. Ende 2018 ist das Wachstum gesunken und die Prognosen für 2019 und 2020 sind eher negativ. Die Wachstumsprognosen des BIP für 2019–2020 lagen bei 1,6 Prozent bei anhaltend niedriger Inflation von 1 bis 1,5 Prozent. Die Arbeitslosenquote befindet sich im Abwärtstrend mit 6,8 Prozent (2015 lag sie bei 8,1 Prozent und 2017 bei 7,1 Prozent). Jedoch bleibt die Jugendarbeitslosigkeit mit 18,2 Prozent sehr hoch.

Für den günstigen Trend auf dem Arbeitsmarkt ist die schwedische Exportbranche verantwortlich, die während der Hoch-

konjunkturphase mehr Waren absetzen konnte. Die schwache Schwedische Krone dürfte zu einem Anstieg des Exportvolumens 2019 beigetragen haben. Die Einnahmen aus den schwedischen Exporten entwickelten sich 2019 allerdings etwas schwächer als in vergleichbaren Ländern. Nach wie vor ist Deutschland Schwedens größter internationaler Handelspartner. Etwa 20 Prozent aller nach Schweden importierter Waren kommen aus Deutschland.

Jüngst hat die sozialdemokratische Finanzministerin die Abkehr vom schwedischen Modell der »Schwarzen Null« beschlossen. Seit der schwedischen Wirtschaftskrise Anfang der neunziger Jahre hat Schweden einen Rahmen für den Staatshaushalt, der eine Reihe haushaltspolitischer Ziele enthält. Teil des Rahmens ist ein »Überschussziel«, vereinfacht erklärt, die Einnahmen des Staats sollen über einen Konjunkturzyklus die Ausgaben mit einem Prozent des BIP übersteigen. Mit der Lockerung der Budgetdisziplin ist nun der Weg für dringend benötigte öffentliche Investitionen frei.

Während die öffentliche Hand sich über die letzten Jahre durch die Fiskalregeln entschulden konnte, stieg im Gegenzug die Verschuldung der privaten Haushalte stark an. Entsprechend wurde der Binnenkonsum befeuert. Die Schulden privater Haushalte haben sich seit Mitte der neunziger Jahre stärker erhöht als die Einkommen. Andererseits ist die Schuldenquote im Verhältnis zum finanziellen Vermögen der privaten Haushalte relativ konstant geblieben und die Zinsquote, die Schuldenkosten der privaten Haushalte, ist sogar gesunken. Dennoch befindet sich die private Schuldenquote heute auf einem Rekordhoch. Gegenwärtig lasten auf den privaten Haushalten im Schnitt Kredite in Höhe von 186,8 Prozent des verfügbaren Einkommens – rund doppelt so viel wie in Deutschland.

Die Einkommensunterschiede in Schweden sind seit mehreren Jahrzehnten stark angewachsen. Der Gini-Koeffizient, der die Einkommensverteilung misst, betrug 2017 0,32. In den 1970er Jahren waren es dagegen etwa 0,2. Der Anstieg der Einkommensungleichheit geht hauptsächlich auf die Zunahme der Kapitaleinkommen zurück, die geringer besteuert werden als Einkommen aus Löhnen. Von dieser Entwicklung können vor allem die oberen Einkommensgruppen profitieren. Verantwortlich für den Anstieg der Kapitaleinkommen in Schweden waren unter anderem die steigenden Immobilienpreise. Denn eine geringe Bautätigkeit der öffentlichen Hand hat die Nachfrage nach Immobilien ansteigen lassen. Darüber hinaus sind das Arbeitslosengeld und andere Einkommensersatzleistungen dem Anstieg der Löhne nicht gefolgt.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Das Duldungs- und Regierungsabkommen ist von mehreren einflussreichen Gewerkschaften kritisiert worden. Es hat auch Auswirkungen auf die historisch sehr enge Verbindung zwischen den schwedischen Sozialdemokraten und dem größten schwedischen Gewerkschaftsdachverband der Arbeiter_innen – LO. Die LO hat sich im Wahlkampf für die Sozialdemokraten

ausgesprochen und aktiv daran beteiligt. Zudem sitzen aktuell der Vorsitzende von der LO und weitere Vorsitzende von LO-Mitgliedsgewerkschaften im Vorstand der Sozialdemokraten. Mit dem Januar-Abkommen befindet sich die LO in einer Zwickmühle, die potenziell schädlich für ihre Rolle als Wortführerin der schwedischen Arbeiterbewegung ist. Denn der Vorsitzende von LO musste dem Januar-Abkommen und damit den wirtschaftsliberalen Reformen zustimmen.

Zu den Initiativen von EU-Institutionen, um die soziale Integration in der EU voranzubringen, sind die schwedischen Gewerkschaften grundsätzlich skeptisch eingestellt. In ihren Augen widersprechen Versuche die Arbeitsmarktpolitik politisch zu regulieren der langen Tradition des Sozialdialogs in Schweden, der auf einem System der Kollektivverträge fußt. Der Sozialdialog mit den Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite wurde in den letzten Jahren gestärkt und sogar in der letzten Regierungserklärung im September 2019 von Ministerpräsident Löfven als eine Quelle für bessere Arbeitsbedingungen, Produktivität und Wohlstand genannt.

Es herrscht nach wie vor der Konsens, dass die Sozialpartner ohne staatliche Gesetzgebung die Arbeitswelt gestalten und regeln. Dieser Grundsatz gehört zur Grundlegitimation der Gewerkschaften, er bildet die Identität der Gewerkschaftsbewegung und wird entsprechend eisern verteidigt. Diese Haltung erklärt die starke Skepsis und zum Teil den Widerstand der schwedischen Gewerkschaftsbewegung gegenüber Versuchen auf europäischer Ebene EU-weite Arbeitsgesetzgebung zu erlassen.

Als Reaktion auf die vermehrten Initiativen von EU-Institutionen einheitliche europäische Arbeitsmarktregeln zu schaffen, haben die Gewerkschaften und die privaten Arbeitgeber 2018 einen gemeinsamen EU-Rat gegründet. Dieses Gremium befasst sich mit dem Verhältnis des schwedischen Tarifvertragsmodells und dem EU-Recht. Die gemeinsame Positionierung der Sozialpartner soll die Institution der Kollektivverträge als Grundpfeiler des schwedischen Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsmodells wahren.

GEWERKSCHAFTEN IN SCHWEDEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im internationalen Vergleich ist der Organisationsgrad in Schweden nach wie vor sehr hoch. Dennoch hat es in den letzten 40 Jahren einen großen Mitgliederschwund gegeben. Seit den 1970er Jahren ist die Gewerkschaftsdichte um ca. 10 Prozent gesunken. Bis Mitte der 1990er Jahre stieg der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten auf 80 Prozent wegen der verstärkten Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt an. Seit der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre ist die Mitgliederzahl stetig gesunken. Das Jahr 2007 verzeichnete den größten Verlust an Mitgliedern in einem einzelnen Jahr. Die verlorenen Mitglieder waren sowohl Arbeiter_innen als auch Angestellte.

Zum einen hat die Auflockerung des Ghent-Systems, bei dem die Gewerkschaften das Arbeitslosenversicherungssystem selbst verwalten, sich negativ auf die Mitgliedschaftsentwicklung ausgewirkt. Maßgeblich hierzu beigetragen hat die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit der Mitgliedschaftsbeiträge unter der konservativen Regierung Reinfeldt, die den Einfluss der Gewerkschaften zurückdrängen wollte. Somit schwand die Attraktivität der Gewerkschaftsmitgliedschaft vor allem für Werk­tätige im Niedriglohnsektor, die sich eine Mitgliedschaft nur schwer leisten konnten. Diese Entscheidung wurde allerdings 2013 vom schwedischen Parlament teilweise zurückgenommen. Allerdings ist die Erstattungshöhe im Vergleich zur vorherigen Regel geringer.

Ein weiterer Grund für den Rückgang der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen ist der Strukturwandel, der zu einem schrumpfenden industrieller Sektor und einem stetig wachsenden aber schlechter organisierten Dienstleistungssektor führt. Zugleich steigt der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften in der schwedischen Wirtschaft. Seit 2008 erholen sich die Gewerkschaften nur langsam vom Rückgang der Mitgliederzahlen. Allerdings profitieren vor allem die Mitgliedsgewerkschaften der Dachorganisationen der Angestellten (TCO) und der Akademikerberufe (SACO). Experten rechnen damit, dass in naher Zukunft die LO weniger Mitglieder haben wird als der Angestelltendachverband TCO.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die schwedische Gewerkschaftslandschaft ist von drei Gewerkschaftsverbänden geprägt, an denen die Mehrheit der Einzelgewerkschaften angeschlossen ist. Die Gewerkschaften sind teils nach Berufsgruppen organisiert, teils breiter nach Branchen. Die Dachverbände stehen in guter und solidarischer Beziehung zueinander. Der schwedische Gewerkschaftsbund (Landsorganisationen, LO) ist der älteste und wurde 1898 gegründet. LO hat 14 Mitgliedsgewerkschaften, die sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor tätig sind und insgesamt etwa 1,5 Millionen Arbeitnehmer_innen organisieren. Karl-Petter Thorwaldsson ist noch bis zum Juni 2020 der derzeitige Vorsitzende. Er ist zugleich Vizevorsitzende des IGB. Der Kommunalarbeiterverband (Kommunal) ist mit etwa 500.000 Mitglieder die größte LO-Gewerkschaft.

Der schwedische Berufsgewerkschaftsdachverband, Tjänstemännens Centralorganisation (TCO) ist der zweitgrößte Dachverband Schwedens mit 14 Mitgliedsgewerkschaften und insgesamt etwa 1,4 Millionen Mitgliedern. TCO wurde 1944 gegründet und organisiert angestellte Arbeitnehmer_innen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Therese Svanström hat den Vorsitz im Dezember 2019 übernommen. Ihre Vorgängerin Eva Nordmark wurde im September 2019 Arbeitsministerin.

Der schwedische Akademikerverband (Sveriges Akademikers Centralorganisation, SACO) ist im Jahr 1947 gegründet worden und hat 22 Mitgliedsgewerkschaften und Berufsverbände mit, insgesamt etwa 700.000 Mitgliedern. SACO wird von Göran Arrius geleitet.

Im Jahr 2018 lag der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Schweden insgesamt bei 67 Prozent, der von Arbeiter_innen bei 59 Prozent und der von Angestellten bei 72 Prozent. Zwischen 2006 und 2018 ist der Organisationsgrad unter Arbeiter_innen fast vier Mal stärker gesunken als unter Angestellten. Die Divergenz wächst weiter. Die höchste Mitgliederdichte besteht im öffentlichen Sektor. In einigen LO-Gewerkschaften nimmt der Organisationsgrad weiter ab. Die größte Herausforderung besteht für den Verband der Gaststätten, bei dem 2019 nur 28 Prozent der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder waren.

Alter und Herkunftsland können auch entscheidende Faktoren für den abnehmenden Organisationsgrad sein. Einerseits sind junge Arbeitskräfte weniger bereit sich gewerkschaftlich zu organisieren. So waren 2019 in Schweden junge Arbeiter_innen im Alter von 16–24 Jahren nur zu 38 Prozent Gewerkschaftsmitglieder. Dagegen waren 51 Prozent der 25–29-Jährigen organisiert. Andererseits sind unter den zugezogenen Arbeitskräften immer weniger Mitglieder von Gewerkschaften. Der Organisationsgrad unter im Ausland geborenen Beschäftigten ist drei Mal stärker gesunken als bei in Schweden geborene Arbeitnehmer_innen. Diese Entwicklung ist aus mehreren Gründen besorgniserregend. Mit dem demografischen Wandel wird die schwedische Wirtschaft verstärkt Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigen. Eine zuwanderungsbedingter Rückgang des Organisationsgrads der Arbeitnehmer_innen würde das schwedische System der Kollektivverträge und letztendlich das Wohlfahrtsmodell zunehmend schwächen. Zudem arbeiten viele aus dem Ausland stammenden Arbeitnehmer_innen in schlechten Arbeitsverhältnissen. Darum zählt die Erhöhung des Organisationsgrads zu den großen Herausforderungen der schwedischen Gewerkschaften.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Es gibt keine wesentlichen Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte. Die schwedischen Arbeitsbeziehungen sind relativ konfliktfrei auch im Vergleich zu anderen nordischen Ländern. Für 2020 steht ein arbeitsreiches Tarifjahr bevor. Etwa 500 von ca. 670 Tarifverträgen laufen aus und müssen für etwa 3 Millionen Beschäftigte neuverhandelt werden. Es gab 2019 keine Störungen des Betriebsfriedens auf Grund von Konflikten auf Verbandsverhandlungsebene und somit auch keine verlorenen Arbeitstage. Für Schlichtungen ist das staatliche schwedische »Vermittlungsinstitut« (Medlingsinstitut/Swedish National Mediation Office) zuständig.

Dennoch hat das Januar-Abkommen zu Veränderungen der Arbeitsbedingungen von Gewerkschaften geführt. Beispielhaft hierfür ist das neue Gesetz zur Einschränkung des Streikrechts für Betriebe, die bereits an einen Tarifvertrag mit einer anderen Gewerkschaft gebunden sind. Grund für das Gesetz ist der Versuch der Regierung den langen Konflikt im Hafen von Göteborg zu beenden, der von einer unabhängigen Gewerkschaft geführt wird. Laut dem neuen Gesetz darf nur im tarifpolitischen Zusammenhang gestreikt werden. Solidaritätsstreiks, wie jüngst in Finnland, sind untersagt. Häufiger Kritikpunkt ist, dass die neue Streikrechtsbegrenzung so ge-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Schweden

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Landsorganisationen LO (Schwedischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Karl-Petter Thorwaldsson Stv. Vorsitz: Therese Guovelin	1,5 Mio.	EGB, IGB
Tjänstemännens centralorganisation TCO (Schwedischer Berufsgewerkschaftsdachverband)	Vorsitz: Therese Svanström Stv. Vorsitz: Peter Hellberg	1,4 Mio.	EGB, IGB, NFS (Nordischer Gewerkschaftsrat)
Sveriges Akademikers Centralorganisation SACO (Schwedischer Akademikerverband)	Vorsitz: Göran Arrius Stv. Vorsitz: Richard Malmberg	700.000	EGB, IGB, NFS

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Schweden

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
IF-Metall (Schwedische Metallgewerkschaft)	LO	Vorsitz: Marie Nilsson Stv. Vorsitz: Thomas With	311.000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Kommunal (Schwedische Gewerkschaft der kommunalen Beschäftigten)	LO	Vorsitz: Tobias Baudin Stv. Vorsitz: Lisa Bengtsson	504.121	PSI, EPSU, IUF, EFFAT, ITF, ETF, KNS (Nordischer Verband der kommunalen Beschäftigten), NOFS (Nordischer Verband der öffentlich Beschäftigten), NTF (Nordischer Verband der Transportgewerkschaften)
Unionen (Schwedische Gewerkschaft des Privatsektors)	TCO	Vorsitz: Martin Linder Peter Hellberg	649.139	UNI, UNI Europa
Sveriges Ingenjörer SI-SE (Schwedischer Verband der Ingenieure)	SACO	Vorsitz: Ulrika Lindstrand Stv. Vorsitz: Per Norlander	151.480	UNI, UNI Europa
Svenska Byggnadsarbetareförbundet, Byggnads (Schwedische Bauarbeitergewerkschaft)	LO	Vorsitz: Johan Lindholm Stv. Vorsitz: Lars Hildingsson	102.147	BWI, EFBWW, NFBWW (Nordischer Verband der Baugewerkschaften)

nanntes »Vertragsshoppping« ermöglicht. Den Wechsel des Betriebs zu einem anderen Tarifvertrag, der günstiger für den Arbeitgeber ist. Zudem schränkt es die Gründung neuer Gewerkschaften ein.

Ein Rechtsfall, der nach wie vor das schwedische Arbeitsrecht beeinflusst hat, ist das so genannte »Lex Laval« (nach dem Fall: »Viking – Laval – Ruffert«). Nach dem Urteil und der daraufhin erlassenen Gesetzgebung aus dem Jahr 2010, dürfen schwedische Gewerkschaften keine Arbeitskampfmaßnahmen anwenden, um schwedische Tarifverträge in nicht-schwedischen Unternehmen durchzusetzen, so lange der Arbeitgeber gleich gute Voraussetzungen in Kernbereichen (wie Lohn, Urlaub und Arbeitszeiten) anbietet. Dies hat sich

2017 allerdings mit einem neuen Gesetz geändert, und nun können wieder lokale Tarifverträge gefordert werden. Diese Kollektivverträge bieten jedoch bei weitem nicht die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter_innen, sondern nur einen Mindeststandard. Schweden hat die acht Kernübereinkommen der ILO unterschrieben, insgesamt sind 94 Konventionen und 4 Protokolle ratifiziert.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Aus internationaler Sicht ist der schwedische Arbeitsmarkt unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass Löhne und Arbeitsbedingungen hauptsächlich durch Tarifverträge regu-

liert werden. Die Abdeckung durch Tarifverträge ist hoch (2017: 89 Prozent, einschließlich vergleichbarer Vereinbarungen) und im Vergleich mit anderen nordischen Ländern ist die Anzahl der Konflikte niedrig. Alle Arbeitgeber, die Tarifverträge unterzeichnen, aber auch nicht angeschlossene Arbeitgeber, die einen kompatiblen Vertrag unterschrieben haben, müssen die tarifvertraglichen Vereinbarung für alle Arbeitnehmer_innen umsetzen, unabhängig davon, ob sie Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht.

Tarifverhandlungen in Schweden finden auf drei Ebenen statt: national, auf Branchenebene und lokal auf Betriebsebene. Die mit Abstand wichtigste Ebene ist die Branchenebene. Vertragsversicherungen und Hauptverträge werden hauptsächlich von der Industrie und den Gewerkschaftsdachverbänden auf nationaler Ebene verhandelt.

Seit 1997 gibt es ein branchenübergreifendes Abkommen zwischen den drei Gewerkschaftsdachverbänden und den Arbeitgeberverbänden, welches festschreibt, dass die Abschlüsse in den Exportbranchen das Niveau der Lohn- und Gehaltsverhandlungen weitgehend auch für andere Branchen setzen. Das nationale Vermittlungsamt verwendet dieses Abkommen, den sogenannten »Wirtschaftsmaßstab« (Industimärket), als Standard für die Berechnung der Zuwachsraten für alle Lohn- und Gehaltserhöhungen. Das Abkommen ist gewerkschaftsübergreifend.

Das Recht der Industrie als Maßstab für Löhne und Gehälter in anderen Sektoren zu gelten, wird jedoch zunehmend von Gewerkschaften in Frage gestellt. Gewerkschaften, die Arbeitnehmer_innen in Branchen vertreten, die binnenmarktorientiert sind oder für die öffentliche Hand arbeiten, fühlen sich durch die Vormacht der Exportsektoren benachteiligt. So hat unlängst die LO-Gewerkschaft Komunal, die die einfachen Angestellten der Kommunen (mehrheitlich Frauen) vertritt, ihren Austritt aus diesem Abkommen verkündet, um für ihre Mitglieder höhere Abschlüsse und bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Andere Gewerkschaften schließen Verträge ohne konkrete Zahlen. Die Details werden in einem späteren Schritt bei Lohnverhandlungen auf Betriebsebene verhandelt. Diese Praxis wird wiederum von Anhängern des Exportsektorabkommens kritisiert, weil sie darin eine Aushöhlung ihres Modells sehen und einen Kontrollverlust für die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung befürchten, die die Wettbewerbsfähigkeit der Exportbranchen und letztendlich Arbeitsplätze gefährden könnte.

Die Tarifabdeckung/Tarifbindung funktioniert sehr gut als Standard für Löhne und Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Knapp 90 Prozent aller Beschäftigten sind tarifvertraglich abgesichert. Dennoch beginnt diese große Abdeckung zu bröckeln. Denn bei kleinen Unternehmen der privaten Dienstleistungsbranche, unter anderem der IT-Branche, ist die Tarifabdeckung am geringsten. Es gilt: Je kleiner das Unternehmen, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Tarifvertrag besteht. Hiermit ist auch die Start-up-Szene gemeint. Eine andere Gruppe, bei der Ausnahmen die Regel sind, sind z. B. hochbezahlte Anwälte, Berater, Geschäftsführer usw. Dank des noch hohen Organisationsgrads der Ar-

beitgeber besteht die Tarifabdeckung für die hochqualifizierten Branchen weiter.

Als weitere Herausforderung für die Gewerkschaften gilt wegen des Arbeitskräftemangels in einigen Branchen die Zunahme der Entsendungen von ausländischen Arbeitskräften. 2017 sind 72.552 entsandte Arbeitnehmer_innen in Schweden angemeldet worden – eine Erhöhung um 52 Prozent im Vergleich zu 2016. Der größte Anteil von Entsandten kam aus Polen und hat im Bausektor gearbeitet. Die Einhaltung der Bestimmungen des Tarifvertrags ist in diesen Branchen oft mangelhaft.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Eine große Mehrheit der Schweden ist nach wie vor der Meinung, dass Gewerkschaften wichtig sind für die Lohnentwicklung, für die Arbeitsplatzsicherheit, Wohlfahrt und Demokratie. Allerdings gibt es Unzufriedenheit bezüglich des aktuellen Zustands der Gewerkschaften. Nur eine von drei Personen gibt an, dass sie Vertrauen in den Gewerkschaften hat. Diese Entwicklung ist das Ergebnis früherer Finanzskandale und liegt teilweise auch an der traditionellen engen Beziehung zwischen LO und den Sozialdemokraten. Letzteres wird vor allem von Anhängern der Konservativen und Liberalen als problematisch empfunden. Das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Gewerkschaften lässt sich aber auch in die allgemeine Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Institutionen des Landes einordnen. Entsprechend hoch sind die Zustimmungsraten in den Umfragen für die rechtspopulistischen Schwedendemokraten.

Die LO-Gewerkschaften und die Sozialdemokraten pflegen historisch sehr enge Beziehungen. Die sozialdemokratische Partei ist sogar als ein Gewerkschaftsdachverband gegründet worden und hatte bis zur Gründung von LO auch diese Funktion innegehabt. Bis einschließlich 1990 waren LO-Mitglieder automatisch Mitglieder der Sozialdemokraten. Nach wie vor sind sie mit zwei Mitgliedern im Parteivorstand der Sozialdemokraten vertreten. So haben die LO-Gewerkschaften einen starken direkten und indirekten Einfluss auf die sozialdemokratische Partei. Des Weiteren dienen sie oft als Rekrutierungsbecken für die politische Elite der Sozialdemokratie. Ministerpräsident Löfven ist ein ehemaliger Vorsitzender der IF Metall. Auch andere Minister_innen der aktuellen Regierung haben einen Gewerkschaftshintergrund. LO unterstützt die Sozialdemokraten weiterhin finanziell und führt Kampagnen, um Stimmen und Mitglieder für die Sozialdemokraten zu gewinnen. Diese enge Zusammenarbeit wird nach dem Januar-Abkommen jedoch häufiger in Frage gestellt. Die Verbände TCO und SACO sind dagegen parteipolitisch unabhängig. Alle drei Dachverbände kooperieren nicht mit der rechtspopulistischen Partei der Schwedendemokraten.

Es gibt keine bedeutende Konkurrenz unter den Gewerkschaften in Schweden, aber es gibt Gewerkschaften, die nicht an die Dachverbände angeschlossen sind. Eine der unabhängigen Gewerkschaften ist der Hafenarbeiterverband (Ham-

narbetarförbundet). Sie führt seit langem einen Konflikt (2016–2019) um ihre tarifpolitische Anerkennung, die sehr viel Aufmerksamkeit bekommen hat. Aufgrund des Konflikts haben Regierung und Sozialpartner versucht, das Streikrecht zu überarbeiten, um wilde und Solidaritätsstreiks zu begrenzen. Die aktuelle gesetzliche Regelung sieht vor, das Streikrecht lediglich an tarifvertraglich gebundene Arbeitsplätze zu binden.

Die schwedischen Gewerkschaften sind untereinander sehr gut vernetzt und international sehr präsent. Die Dachverbände und ihre Mitglieder sind Teil der internationalen Verbände EGB, IGB, und des Dachverbandes der nordischen Gewerkschaften NFS. Mehrere Gewerkschaftsvorsitzende haben auch eine hohe Position in den internationalen und europäischen Vereinigungen, wie der LO Vorsitzende Karl-Petter Thorwaldsson, der Vize-Präsident des IGB ist. Zusammen teilen sich die schwedischen Dachverbände ein Büro in Brüssel und nehmen aktiv an den politischen Prozessen vor Ort teil.

Dr. Philipp Fink, Leiter des Büros der FES für die Nordischen Länder, Stockholm

Josefin Fürst, Wiss. Mitarbeiterin im Büro der FES für die Nordischen Länder, Stockholm

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.